

DBB Jugend NRW

Frage Nr. 1: Die Hemmschwelle, Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegenüber übergriffig oder gewalttätig zu werden, sinkt immer mehr. Wie wollen Sie diesem Problem begegnen und wie wollen Sie den Schutz der Betroffenen verbessern?

Die Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst nimmt zu. Neben Beleidigungen und Bedrohungen kommt es dabei teilweise sogar zu körperlichen Übergriffen. Grundvoraussetzung für mehr Schutz und Sicherheit für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst ist Rückendeckung durch den Arbeitgeber bzw. Dienstherrn. Wir setzen uns dafür ein, dass in jeder Dienststelle Gewalt gegen Beschäftigte im Dienst konsequent strafrechtlich verfolgt wird. Betroffene sollen einen Anspruch bekommen, dass der Dienstherr auf Wunsch jedes nicht offensichtlich aussichtslose Verfahren stellvertretend zur Strafanzeige bringt. Sofern Betroffene im Strafverfahren als Zeugin oder Zeuge gehört werden müssen, sollen diese keine privaten Daten offenlegen müssen (z.B. Angabe der dienstlichen Adresse im Falle einer Anzeige, Dienstnummer anstelle eines Klarnamens). Betroffene sollen darüber hinaus den Dienstherrn auch mit der Durchsetzung von nicht offensichtlich aussichtslosen zivilrechtlichen Ansprüchen betrauen können.

Frage Nr. 2: Im Ringen um die besten Köpfe hat der Öffentlichen Dienst gegenüber der Privatwirtschaft immer häufiger das Nachsehen. Schon jetzt fehlen viele Beschäftigte. Die bevorstehende Rentenwelle verschärft diese Situation zusätzlich. Was wollen Sie tun, um den Öffentlichen Dienst attraktiver zu machen?

Wir möchten den Öffentlichen Dienst durch Förderung und Vergütung wieder attraktiver für aufstiegsorientierte junge Einsteigerinnen und Einsteiger machen. Nur mit motivierten, serviceorientierten und gut ausgebildeten Beschäftigten entwickeln wir Verwaltung zu einer bürgerfreundlichen Anlaufstelle. Um die besten Beschäftigten für unsere Verwaltung zu gewinnen, wollen wir das Aufstiegsversprechen erneuern. Dazu braucht es Chancengerechtigkeit für alle Leistungswilligen. Wir wollen eine Aufstiegskultur statt Laufbahndenken. Das Vorankommen durch eigene Leistung darf nicht durch statische Strukturen behindert werden. Gestaltungskompetenz und Kreativität dürfen nicht durch das traditionelle Besoldungssystem ausgebremst werden, Möglichkeiten zur Fortbildung und zum Karrieresprung müssen leistungsbezogen bestehen. Das Besoldungssystem und auch das Dienstrecht wollen wir so reformieren, dass es den strukturellen Anforderungen an einen zukunftsorientierten öffentlichen Dienst gerecht wird. Wir wollen für einen weiteren Abbau von Bürokratie auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stärker einbeziehen. Für sie soll ein Prämiensystem eingeführt werden, das konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau in angemessener Höhe vergütet.

Frage Nr. 3: Kinder und Jugendliche haben durch Corona hinsichtlich ihrer Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, z.B. durch Kita- und Schulschließungen und soziale Isolationen besonders gelitten. Was wollen Sie tun, um Kinder und Jugendliche während und nach Corona bestmöglich zu stärken und zu unterstützen?

Die Pandemie darf nicht zu einer Chancen-Krise werden. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass einerseits schulische Inhalte mittelfristig aufgearbeitet werden und andererseits auch die mentalen und psychischen Folgen bei Kindern und Jugendlichen in den Blick genommen werden. Im Rahmen der Arbeit der multiprofessionellen Teams an den Schulen sollen die Aufholbedarfe der Schülerinnen und

Schüler in den Blick genommen und spezifische fachliche und pädagogische Unterstützungsangebote gemacht werden. Wir wollen insbesondere Schülerinnen und Schüler kurz vor dem Schulabschluss gezielt individuell ansprechen, um sie auf berufliche Möglichkeiten nach der Schule hinzuweisen. Gerade Kinder aus sozial schwierigen Umfeldern sind aufgrund fehlender Unterstützung durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie besonders betroffen. Die plusKITAS sollen die Potenziale dieser Kinder noch gezielter fördern. Wir wollen darum mit der deutlichen Stärkung von plusKITAS für mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit für alle Kinder von Beginn an sorgen. Auch Sprachrückstände durch eingeschränkten Zugang zur frühkindlichen Bildung im Zuge der Corona-Pandemie wollen wir systematisch erfassen und durch passgenaue Angebote der Sprachförderung ausgleichen.

Frage Nr. 4: Kinder und Jugendliche werden nur selten gehört und miteinbezogen, wenn es um die Gestaltung ihrer Lebenswirklichkeit geht. Was wollen Sie tun, damit Kinder und Jugendliche Entscheidungsprozesse in ihrem sozialen Umfeld, in der Schule, dem Verein oder der Politik noch besser mitgestalten können?

Kinder und Jugendliche haben sich während der Pandemie in der Debatte um Einschränkungen und Öffnungen des öffentlichen Lebens oft zu wenig berücksichtigt und gehört gefühlt. Wir haben darum bereits die Weichen für das deutschlandweit erste direkt und frei gewählte Landesjugendparlament gestellt. Es soll dauerhafte, krisenfeste Strukturen für Jugendbeteiligung gegenüber der (Landes-)Politik schaffen.

Viele junge Menschen unter 18 engagieren sich politisch und sind kommunalpolitisch aktiv. Aus diesem Grund wollen wir das passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen sowie das aktive Wahlrecht bei Landtagswahlen auf 16 Jahre herabsetzen. Kurzfristig wollen wir die Gemeindeordnung dahingehend ändern, dass Jugendliche ab 16 Jahren als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner Ausschüssen auf der kommunalen Ebene angehören dürfen. Wir wollen die Kommunen außerdem beim Auf- und Ausbau von kommunaler Jugendpartizipation unterstützen. Kinder und Jugendliche sollen das verbindliche Recht erhalten, an Planungen und Vorhaben mitzuwirken, die deren Interessen berühren.